

Robert O. Freedman

Amerikanische Optionen nach dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah

Das Policy Paper entstand im Rahmen der Arbeit des Projektes „Europa und der Nahe Osten“ im Nachgang der 10. Kronberger Gespräche der Bertelsmann Stiftung, September 2006.

Die Folgen des 33-Tage-Krieges zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon lässt den USA anscheinend nur zwei Alternativen. Die erste besteht darin, die gegenwärtige Politik des Kampfes gegen den Terror fortzusetzen, dabei die feste Unterstützung Israels als einer in diesem Kampf verbündeten Demokratie beizubehalten, und eine Politik des „Hände weg“ bezüglich des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu verfolgen. Die zweite Alternative liegt in der Initiative, eine israelisch-palästinensische Lösung herbeizuführen und damit die Positionen von Iran und Syrien zu schwächen, die in großen Teilen des Nahen Ostens als die politischen Sieger dieses Krieges gesehen werden. In diesem Beitrag wird darauf hingewiesen, dass diese beiden Optionen in Übereinstimmung miteinander gebracht werden können, sollte die Bush-Administration die diplomatischen Möglichkeiten, die dieser Konflikt bietet, ausnutzen.

A. Die Option der Beibehaltung des *status quo* in der amerikanischen Politik

Das Ethos der Bush-Administration seit dem 11. September 2001 war der Kampf gegen den Terror. Daraus folgt, dass jedes sich Anschicken, die Politik in Richtung Hamas oder Hisbollah – die beide auf der Terrorliste der USA stehen – zu ändern, als Untergraben dieser Politik und als Auslöser einer Vertrauenskrise in der republikanischen Partei gesehen würde.

In den Umfragen erreicht Präsident Bush zur Zeit nur schwache Ergebnisse, die zwischen 33 % und 40 % schwanken und bis zu den Halbzeitwahlen für den Kongress, dem Vorläufer für die nächsten Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren, sind es nur noch zwei Monate. Unter diesen Umständen kann Bush es sich nicht leisten, eine seiner wichtigsten Wählergruppen – fundamentalistische Christen, die Israel voll und ganz unterstützen – durch auch nur scheinbaren Druck auf Israel zu verprellen. Ebenso hat Bush versucht, Teile der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft auf die Seite der Republikaner zu ziehen, ein teilweise erfolgreiches Unterfangen, besonders bei den orthodoxen Juden. Auch hier würde er nicht wollen, dass sie durch Druck auf Israel verprellt würden.

Die Bush-Administration hat sich im Irak tief verstrickt und ihre Besorgnis bezüglich des iranischen Atomprogramms wächst. Angesichts dieser höher angesiedelten Prioritäten haben die Amerikaner weder die Zeit noch die Energie, sich einer neuen Initiative im israelisch-palästinensischen Konflikt zuzuwenden. Das Scheitern der „Road Map“ – der einzigen Initiative Bushs im israelisch-palästinensischen Konflikt – gibt zusätzlich wenig Hoffnung auf Erfolg.

B. Die Möglichkeit einer Änderung der amerikanischen Politik

Die gegenwärtige US-Politik gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt ist gescheitert, wie der Sieg der Hamas bei den Wahlen zum palästinensischen

Legislativrat im Januar 2006 und der andauernde Krieg zwischen Israel und den Palästinensern in Gaza zeigt. Ausgelöst durch die Verschleppung eines israelischen Soldaten durch die Hamas im Juni 2006 und den Raketenbeschuss Israels von Gaza aus umfasst er jetzt auch andauernde israelische Militäraktionen gegen Hamas und Islamischer Jihad, ebenso wie die Wiederaufnahme der israelischen Politik der „gezielten Tötung“. Mit der Eskalierung des Krieges verstärken sich die antiamerikanischen Gefühle in der arabischen Welt, ebenso wie infolge des Krieges zwischen Israel und Hisbollah.

Der Krieg im Libanon führte zu einer Zunahme des Einflusses des Iran als dem wichtigsten Unterstützer der Hisbollah in der arabischen Welt, was die drei wichtigsten arabischen Verbündeten – Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien – der USA herausforderte, insbesondere, weil der Eindruck entstand, dass die USA höhere Verluste und größere Zerstörung im Libanon in Kauf nahmen, indem sie einen schnellen Waffenstillstand während des Krieges verzögerten.

Da die Palästinenser die Hauptverlierer des Israel-Hisbollah-Krieges sind, könnten sie für eine Änderung ihrer Politik bereit sein. Die USA ihrerseits müssen bereit sein, diese Möglichkeit auszuloten. In erster Linie wurde die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, diese zentrale Waffe der Palästinenser in ihrem Konflikt mit einem militärisch überlegenen Israel, auf den Libanon abgelenkt, was die israelische Armee in die Lage versetzte, ohne große öffentliche Aufmerksamkeit noch mehr Strafaktionen gegen Hamas und Islamischer Jihad in der West Bank und in Gaza durchzuführen. Zweitens hat Premierminister Olmert als Folge des Krieges seine Politik der „Neuordnung“ (der vormalige Konvergenzplan), die den Rückbau einer großen Anzahl israelischer Siedlungen in der West Bank vorsah, ausgesetzt und er zögert neuerdings, die „illegalen“ Vorposten dort zu entfernen. Beide Entwicklungen sind eine Folge des Krieges und berauben die Palästinenser zusätzlichen Landes und der Reisefreiheit, die mit der Neuordnung eingegangen wären. Unter diesen Umständen und angesichts der Wirtschaftskrise in der Palästinensischen Autonomiebehörde, hervorgerufen durch die internationalen Sanktionen und das wachsende Chaos sowohl in der West Bank als auch in Gaza, könnte die Hamas jetzt bereit sein, mit der Fatah eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, auch wenn dies eine Spaltung zwischen dem Flügel von Khaled Mashal der Hamas in Damaskus und dem von Ismael Haniyeh in Gaza bedeuten würde.

Israels Premierminister Ehud Olmert sucht nach der Zurückstellung seines Programms der „Neuordnung“, dem Herzstück des Programms seiner Kadimah-Partei, nach einer anderen Politik, um seine Koalition mit der Arbeitspartei zu stärken, zu deren Schwächung die öffentliche Wahrnehmung seiner gescheiterten Politik während des Krieges mit der Hisbollah ebenso wie die Zurückstellung der „Neuordnung“ beigetragen hat. Unter diesen Umständen könnte er bereit sein, sich politisch gegenüber den Palästinensern zu öffnen, solange die israelische Sicherheit gewahrt ist. Es liegt in der Verantwortung der USA, diese beiden Entwicklungen zu ermutigen.

Die europäischen Verbündeten der USA, die Bush für ein wirksames Sanktionsprogramm gegen den Iran bräuchte, üben mehr und mehr Druck aus, sich mehr für eine israelisch-palästinensische Lösung einzusetzen.

C. Eine Vorwärtsstrategie für die USA im Nahen Osten

Angesichts der Kosten der gegenwärtigen amerikanischen Politik und angesichts der Möglichkeiten wie auch der Gefahren der Nachkriegssituation im Nahen Osten wird in diesem Beitrag empfohlen, dass die USA sich mit einer neuen Initiative im israelisch-palästinensischen Konflikt neu orientieren. Eine solche Neuorientierung könnte, sollte sie erfolgreich vorangetrieben werden, die Position der USA im Nahen Osten aufwerten. Indem sie dazu beiträgt, den israelisch-palästinensischen Konflikt in Richtung einer beiderseitig akzeptablen Lösung zu drängen, würde die amerikanische Politik die Position des Iran schwächen und die der arabischen Verbündeten der USA in der Region stärken, die alle eine Zwei-Staaten-Lösung des Konfliktes gefordert haben. Gleichzeitig würde diese Politik mit der Anti-Terror-Plattform der Bush-Administration im Einklang stehen. Sie würde die große Mehrheit der Unterstützer Israels in den USA nicht verprellen und dabei die Sicherheit Israels sicherstellen. Diese neue Politik müsste aus den folgenden Elementen bestehen:

1. Ernennung eines Sonderbeauftragten für den arabisch-israelischen Konflikt, dessen erste Aufgabe es wäre, den diplomatischen Druck auf sowohl Israelis wie Palästinenser für eine Lösung aufrecht zu erhalten. Der Gesandte sollte die gleiche Rolle auf der gleichen Ebene spielen wie Dennis Ross in der Clinton-Administration.
2. Aktive Ermutigung der Palästinenser, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die (1) das Existenzrecht Israels anerkennen würde, die (2) alle vorangegangenen israelisch-palästinensischen Vereinbarungen akzeptieren würde, die (3) den verschleppten israelischen Soldaten freilassen würde, die (4) den Raketenbeschuss Israels von Gaza aus beenden würde und die (5) dem Terrorismus abschwören würde. Sobald all dies geschehen wäre, würden alle wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde aufgehoben, so auch die von Israel zurückgehaltenen Steuereinnahmen. Zusätzlich sollten die USA einen „Marshall-Plan“ für den Wiederaufbau von Gaza ausarbeiten, hoffentlich unter Beteiligung der Europäischen Union und der arabischen Golfstaaten. Dieser Plan sollte von einer anderen Größenordnung sein als der Plan, den James Wolfensohn 2005 für Gaza vorgeschlagen hat, und sollte, wenn er denn in Zusammenarbeit mit der palästinensischen Regierung der nationalen Einheit ausgeführt würde, wesentlich erfolgreicher sein.
3. Aktive Ermutigung Israels, alle „illegalen“ Siedlungsvorposten in der West Bank aufzulösen, die in Olmerts „Neuordnungs“-Plan aufgelisteten Siedlungen aufzugeben und mit der neuen palästinensischen Regierung der nationalen Einheit über endgültige Grenzen zu verhandeln, die die Stadt Maaleh Adumin östlich und den Siedlungsblock von Gush Etzion südwestlich von Jerusalem bei Israel belassen würde im Austausch für israelisches Territorium anderswo, das der Palästinensischen Autonomiebehörde zugeschlagen werden würde. Diese Verhandlungen sollten auch Sicherheitsvorkehrungen zwischen einem israelischen und einem zukünftigen palästinensischen Staat einschließen.
4. Aktive Ermutigung Israels, eine spezifizierte Anzahl palästinensischer, zuallererst Hamas-Abgeordnete, die zur Zeit in israelischen Gefängnissen

einsitzen, freizulassen, sobald der verschleppte israelische Soldat freigelassen ist.

5. Einrichtung einer palästinensisch-israelisch-amerikanischen Kommission für die Behandlung der sensibelsten Themen des Konfliktes – Jerusalem und die Flüchtlingsfrage – mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten als ihrem Vorsitzenden.
6. Eine amerikanische Einladung an sowohl Syrien wie auch den Libanon, sich an den Friedensgesprächen mit Israel zu beteiligen, wenngleich auf getrennten Gleisen, unter den gleichen Vorbedingungen, wie sie auch für die palästinensische Regierung der nationalen Einheit gelten: Verzicht auf Terrorismus und Akzeptieren des Existenzrechtes Israels. Eine solche Einladung könnte, sollte sie angenommen werden, Syrien den Anreiz nehmen, eine „Spielverderber“-Rolle in den israelisch-palästinensischen Friedensgesprächen spielen zu wollen und könnte auch die syrisch-iranische Verbindung schwächen.
7. Die Europäische Union sollte die amerikanischen Bemühungen unterstützen, indem sie nicht nur Gelder für den Wiederaufbau Gazas beisteuert, sondern auch die Bildung einer palästinensischen Regierung der nationalen Einheit ermutigt. Zusätzlich muss der Sonderbeauftragte der EU für den Nahen Osten wesentlich enger mit dem amerikanischen Sondergesandten zusammenarbeiten, als dies in der Amtszeit von Dennis Ross der Fall war. Eine solche Hilfe wird die USA ermutigen, enger mit der EU zusammenzuarbeiten, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Dr. Robert O. Freedman ist Peggy Meyerhoff Pearlstone Professor für Politikwissenschaft an der Baltimore Hebrew University und Gastprofessor für Politikwissenschaft an der Johns Hopkins University.

Dr. Freedman kann kontaktiert werden via rofreedman@comcast.net oder via Herrn Hanelt bei der Bertelsmann Stiftung (christian.hanelt@bertelsmann.de).

Übersetzt von Gudrun Staedel-Schneider (staedelschneider@gmx.de)